



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TELEFON: 510 54
MITARBEITER: GERHARD HARMIS (VERANTWORTLICH) . RALF JUNKER-
MANN . DIETER KNUTZ . JAN KOCHANOWSKI . KARIN WOLF
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL
UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNI-
VERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

23. Jan. **4/75**

13 Berufsverbote ?

Nicht weniger als 13 Lehramtsanwärter, die in den letzten Wochen ihr 1. Examen für das Lehramt in Grund- und Hauptschulen an der Universität Oldenburg abgelegt haben, müssen damit rechnen, vorerst nicht in den Schuldienst übernommen zu werden. Neun von ihnen wurden bereits vom Regierungspräsidenten in gleichlautenden Briefen darüber unterrichtet, daß die Prüfung der Frage, "ob Sie Gewähr dafür bieten, daß Sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten", noch nicht abgeschlossen sei. Die Prüfung werde "einige Zeit" in Anspruch nehmen. Vier weitere Lehramtsanwärter erwarten das gleiche Schreiben.

Besonderes Aufsehen haben die anstehenden Fälle deshalb erregt, weil es sich bei einem Großteil der Betroffenen um Mitglieder der SPD handelt, die nicht einmal alle dem SHB angehören. Drei weitere Lehramtsanwärter sind oder waren Mitglieder im MSB-Spartakus, in der KHG bzw. in dem kaum noch existenten SHB/SP.

Die Tatsache, daß zumindest acht ihrer Mitglieder durch das Schreiben des Regierungspräsidenten, der allerdings nicht mehr an der politischen Überprüfung beteiligt ist, in "verfassungsfeindlichen Geruch" gekommen sind, hat nicht nur in der regionalen SPD-Führung, sondern wohl offensichtlich auch in Regierungskreisen erhebliche Aktivitäten ausgelöst, die bisher aber wohl noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Sicher scheint nur, daß dem Innenministerium die SPD-Mitgliedschaft der Betroffenen bekannt war und es sich keineswegs nur um einen politischen fauxpas handelt.

Mit den Fällen wird sich wohl letztlich die von der Landesregierung zentral gebildete Kommission befassen, die sich aus Vertretern der Ministerien für Inneres, Kultus und Wissenschaft zusammensetzt.

Öffentlich geäußert haben sich zu dem Skandal - so ein Mitglied der Oldenburger SPD - bisher nur der Unterbezirksvorstand und die Jungsozialisten in Oldenburg. In einer Presseerklärung stellte der Unterbezirksvorstand fest, daß wieder einmal engagierte Bürger in einer dem Geiste des Grundgesetzes entsprechenden Art und Weisen in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gerückt würden, obwohl sie nichts wei-

ter getan hätten, als ihr verfassungsmäßiges verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Tätigkeit wahrzunehmen. Die ständige Praxis dränge den Schluß auf, daß offenbar während des Studiums politisch tätige Studenten ständig überwacht würden. Diese Gesinnungsschnüffelei könne verhindern, daß sich Studenten überhaupt noch politisch betätigten. Das jedoch widerspreche den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deshalb beobachte der Unterbezirk mit "Ernst und Sorge", daß mit diesen Überprüfungen und Anhörungsverfahren und der Möglichkeit nachfolgender Berufsverbote der Zweck verfolgt würde, kritische Demokraten mundtot zu machen.

Bleibt der Hinweis, daß die Nichteinstellung von Junglehrern nicht nur ein Berufsverbot beinhaltet, sondern einem Berufsausbildungsverbot gleichkommt. Dies umsomehr, als nach fünf Jahren die Erste Lehramtsprüfung verfällt. gh

Protest des

Fachbereichsrates I

Der Fachbereichsrat I hat im Zusammenhang mit der vorläufigen Nichteinstellung von Lehramtsanwärtern, die kürzlich ihr Examen an der Universität Oldenburg abgelegt haben, den Senat und alle Hochschulangehörigen zu Aktionen gegen die Nichteinstellung von Lehramtsbewerbern aufgefordert. In seiner Erklärung stellt der Fachbereichsrat weiter fest, daß eine Verschärfung der Überprüfungsverfahren angesichts der Tatsache, daß dieses Mal auch Mitglieder der SPD betroffen seien, nicht zu übersehen sei.

Lehrstellen.

Die Universität Oldenburg wird sich darum bemühen angesichts der miserablen Arbeitsmarktsituation für Auszubildende, Lehrstellen in der Hochschule einzurichten. Das beschloß der Senat auf seiner letzten Sitzung. Das Rektorat hat deshalb beim Wissenschaftsministerium einen Antrag auf Bewilligung überplanmäßiger Haushaltsmittel für Ausbildungsbeihilfen gestellt und versucht auch beim Arbeitsamt, Mittel über das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu erhalten. Lehrlinge könnte die Universität nicht nur in der Verwaltung einstellen, sondern auch in ihren Werkstätten.

Essenmarken bald ungültig

Nach Übernahme der Mensa durch das Studentenwerk Oldenburg ab Sommersemester 1975 werden neue Mensa-Essenmarken ausgegeben, da dies aufgrund des dann gültigen Abrechnungsverfahrens für den Zuschuß aus dem Landeshaushalt erforderlich ist.

Die Essenteilnehmer der Universität werden deshalb dringend gebeten, die zur Zeit verwendeten Essenmarken unbedingt bis zum Ende der Vorlesungszeit des WS 74/75 (14.2.75) zu verwenden, da diese später nicht mehr eingelöst werden können und ihre Gültigkeit verlieren.

Entgegen der bisher gültigen Regelung können ab sofort am Mensa-Verkaufsstand auch Einzelmarken gekauft werden.

Studentenwerk

Sprechstundentermine ZpB

Wiebke Ammann	Mon. 11-12.30 Uhr	VG 303
Scheller-Warns	Di. 10-12.00 Uhr	VG 310
M. Kriszio	Di. 10-12.00 Uhr	VG 308
K. Jaeckel	Mi. 11.30-12.30	VG 308
R. Stinshoff	Do. 11-12.30 Uhr	VG 304
U. Steinbrink	Do. 11-12.30 Uhr	VG 303
D. Spindler	Fr. 11-12.30 Uhr	VG 304
Sekretariat	Mi. 11-12.00 Uhr	VG 305

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis bittet um Verständnis, wenn seine Mitarbeiter abweichend von diesen Terminen nur in Ausnahmefällen und nur noch nach telefonischer Voranmeldung zu sprechen sind, da sonst ein geordneter Geschäftsbetrieb nicht mehr gewährleistet werden kann.

Zur Ausbildung in der 2.Phase

Stellungnahme der Junglehrer

Die Interessenvertretung der Junglehrer (SAS) ergreift hier zum ersten Mal Stellung zum Problem der reformierten Ausbildung in der 2.Phase:

Die bisherige Praxis der Lehrer Ausbildung in der 2.Phase sieht in Niedersachsen folgendermaßen aus:

-An der Schule unterrichtet der LZA (Lehrer zur Anstellung) eigenverantwortlich 23 Stunden pro Woche. Dabei wird er als Klassenlehrer häufig in den (schwierigen) 9.Klassen eingesetzt. In dieser

seiner schulpraktischen Arbeit ist der LZA weitgehend auf sich gestellt. Hilfe von älteren Kollegen kann er nur selter erwarten. Mentoren, die seinen Unterricht besuchen und mit ihm über Unterrichtsprobleme diskutieren, findet er nur in Ausnahmefällen.

-Jeweils am Mittwoch besucht der LZA für 5 Stunden eines der Seminare, wobei sich das Schulpädagogische Seminar, das Langfachseminar (=Hauptfach an der Uni) und das Kurzfachseminar (soll Einstieg in unbekannte Fächer bieten) abwechseln. Der 4.Mittwoch ist jeweils Studientag, den der LZA individuell gestalten kann.

Daß die Kollegen mit der bisherigen Art der Ausbildung nicht zufrieden sind hat sich in den letzten Jahren deutlich gezeigt. So kann man z.B. beim Besuch der Seminare feststellen, daß ein Großteil der Teilnehmer diese Veranstaltungen völlig passiv über sich ergehen läßt und diese Kollegen sich oft nicht in der Lage sehen, ihre Probleme in die Seminararbeit hineinzutragen und Einfluß auf die formale und inhaltliche Gestaltung der Seminararbeit zu nehmen. Sie haben vielfach durch die negativen Erfahrungen in den ersten Wochen ihrer Arbeit an der Schule einen Praxis-"Schock" erlitten und seitdem resigniert. Ihre Probleme sehen sie häufig als Folgen eigener Unfähigkeit bzw. als Folgen der völlig unzulänglichen Ausbildung an der Hochschule.

Bisher haben nur wenige Kollegen positive Konsequenzen aus der angedeuteten Misere gezogen und setzen sich (häufig als Seminarsprecher) aktiv für die Verbesserung der 2. Ausbildungsphase ein. Die Seminarsprecher haben sich schon vor Jahren ein Koordinationsgremium für ihre Arbeit geschaffen: die "Ständige Arbeitsgemeinschaft der Seminarsprecher (SAS)", in der sie sich monatlich zum Informationsaustausch und zur Entwicklung gemeinsamer Strategien treffen. Parallel dazu bemühen sich viele LZA

in der GEW um die Unterstützung ihrer Forderungen.

Ende 1973 hat die nieders. Landesregierung endlich auf die Kritik an der bisherigen Ausbildung reagiert und zum 1.4.74 eine Neuordnung der 2. Phase angekündigt, die einen ersten Schritt in Richtung auf ein zukünftiges Referendariat darstellen sollte.

Diese Neuordnung wurde gegen die Proteste der Betroffenen (auch der Seminarleiter) zweimal verschoben und tritt nun definitiv zum 1.2.75 in Kraft. Nach ihr erhalten alle LZA, die seit dem 1.8.74 eingestellt wurden, wöchentlich 5 Stunden zusätzliche Ausbildung (also insgesamt 10 Stunden bei 18 Stunden Unterricht).

Neben die bestehenden Seminarveranstaltungen treten Nachmittagsveranstaltungen von 3 Stunden pro Woche (Kleingruppenarbeit, die den Seminaren angegliedert wird) und Hospitationen an der eigenen Schule (2 Std./Woche).

Die 2. Phase verkürzt sich auf 2 Jahre. Diese Änderungen sind von den LZA nicht gerade mit Freude aufgenommen worden, denn

- die Masse der Kollegen, deren Gesamtausbildungszeit in der 2. Phase seit Herbst '73 von 3 Jahren auf jetzt 2 Jahre verkürzt wurde, erhält keine zusätzliche Ausbildungsstunden.

- eine inhaltliche Reform der Ausbildung ist nicht geplant.

Für die Kollegen, die von der Neuordnung 'profitieren', werden bei der organisatorischen Durchführung der Nachmittagsveranstaltungen und der Hospitationen erhebliche Schwierigkeiten auftreten, so daß der Arbeitsaufwand pro Woche insgesamt nicht geringer, sondern größer wird (zusätzliche Fahrzeiten, ein weiterer verplanter Nachmittag, usw.).

Die SAS wird die Entwicklung in der 2. Phase weiterhin aufmerksam verfolgen und möglichst bald an dieser Stelle über die neuen Erfahrungen berichten. Die SAS bittet die zum 1.2.75 eingestellten Kollegen, die weitere Informationen über die 2. Phase, die Arbeit der SAS, bzw. andere Fragenkomplexe wünschen, sich an eine der folgenden Adressen zu wenden:

Frieder Aumann, 29 Oldenburg, Herbartstraße 8 Tel.: 0441/13260

Rüdiger Hamann, 2872 Hude 1, Birkenweg 1 Tel.: 04408/6880

Werner Meiners, 2875 Ganderkesee 1, Stehdinger Str. 48 a, Tel.: 04222/1405

Sammlung erbrachte 1700,- DM

Eine Sammlung zugunsten der Familie des tödlich verunglückten Planers der Uni, Roman Ritter, hat den Betrag von 1700,- DM ergeben. Dieses Ergebnis konnte deshalb erzielt werden, weil Personen aus allen Teilen der Universität und allen Statusgruppen Beträge zur Unterstützung der Familie Ritter spendeten.

Umfragen an der Uni

Zur Feststellung des Bedarfs für eine psychologisch- psychotherapeutische Beratungsstelle für Studenten an der Universität, liegt in der Universität ein Fragebogen aus.

Es wird gebeten, diese Fragebogen ausgefüllt in das dafür vorgesehene Postfach "Fragebogenaktion Studienberatung" zu werfen. Die Angaben in diesem Fragebogen werden in jedem Fall streng vertraulich und anonym behandelt.

Eine weitere Fragebogenaktion hat Prof. Dr. Jürgen Diekert (Sportwissenschaftler) gestartet. Der Fragebogen, der im Rahmen einer Examensarbeit erarbeitet wurde und mit allen relevanten hochschulischen Einrichtungen abgesprochen wurde, soll Planungsdaten liefern, die sich auf den Spiel- und Sportstättenbau für Hochschulangehörige beziehen. Es wird gebeten, den Fragebogen sorgfältig zu beantworten um zu einer "bedürfnisorientierten Universitätsplanung" zu gelangen. Die Angaben bleiben anonym. Weiter wird gebeten die ausgefüllten Fragebogen in das Postfach Diekert, Bauteil A, bis zum 24.1.75 zu werfen.

Zerbrochene Stühle

Universitätsangehörige werden gebeten, zerbrochene Stühle beim Pförtner zwecks Reparatur abzugeben.

Termin

-ZENTRALE STUDIENKOMMISSION Fb.I
lädt ein zur Diskussion über das Thema: EG-Anteile im Studium.
Di., 28.1.75, 17.00 Uhr, Raum VG301

Personalverzeichnis

Formblätter für das Personalverzeichnis sind bis zum 10.2.75 ins Postfach "Personalverzeichnis" einzuwerfen.

Übernahme von Portokosten

Die Universität ist in Zukunft bereit, Portokosten, die im Zuge der Materialbeschaffung für wissenschaftliche Arbeiten (Diplom-, Promotions- und Prüfungsarbeiten) entstehen, zu übernehmen. Dabei ist folgendes zu beachten:

- 1) Der Bearbeiter soll sich durch den betreuenden Hochschullehrer bestätigen lassen, daß er eine wissenschaftliche Arbeit anfertigt.
- 2) Abgehende Post ist unverschlossen über die Fachbereichsgeschäftsstelle dem Postausgang zuzuleiten.

Termine für Gremienarbeit im SS 75

Der Senat hat folgende Terminplanung für die Gremienarbeit im SS 75 beschlossen:

9.4.75	Senat
16.4.75	FBR
23.4.75	Senatsausschüsse
30.4.75	Senat
7.5.75	FBR
14.5.75	Senatsausschüsse
21.5.75	Senat
28.5.75	FBR
4.6.75	Senatsausschüsse
11.6.75	Senat
18.6.75	FBR
25.6.75	Senatsausschüsse
2.7.75	Senat

Universitätswoche

Die Universitätsgesellschaft möchte die Tradition früherer Universitätswochen wieder aufleben lassen. Um einen Überblick über ein mögliches Vortragsangebot der Universität zu gewinnen, bittet der Rektor die Fachbereiche, eine Auflistung möglicher Vortragsthemen mit Referenten vorzunehmen und diese Angaben bis zum 20.1.75 dem Rektorat zu übergeben.